

ELKE BREITENBACH, KATINA SCHUBERT

Opposition und Regierung – Partei und Bewegung – Widersprüche?

Überlegungen zur PDS-Strategiedebatte

Am 8. und 9. Mai hat sich in Rom die Partei der europäischen Linken (PEL) gegründet. Die Delegierten von 15 Parteien aus 13 Ländern haben ein gemeinsames Programm und Statut beschlossen und einen gemeinsamen Vorstand gewählt. Die Partei der europäischen Linken wird und muss mehr werden als ein bloßer Zusammenschluss linker Parteien aus den europäischen Einzelstaaten. Sie hat den Anspruch, tatsächlich zu einer europaweit wirkenden und wirksamen Partei zu werden. Denn der Einfluss der Europäischen Union auf die Politik in den einzelnen Ländern wächst zunehmend. Der überwiegende Teil der Gesetzgebungsvorhaben in der Bundesrepublik ist auf Vorgaben aus Brüssel zurückzuführen. Das macht im Verein mit der Fraktion im Europaparlament frühzeitige politische Intervention auf europäischer Ebene immer notwendiger. Ihre Stoßrichtung hat die PEL auf dem Gründungskongress deutlich gemacht: Sie wird eine Partei, die die Transformation des hochvermachteten kapitalistischen Europa im Bündnis mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, der demokratischen Teilhabe, der gleichen Rechte für alle und der friedlichen Konfliktlösung vorantreibt – auf parlamentarischer und auf außerparlamentarischer Ebene.

Für die PDS kann die Partei der europäischen Linken den politischen Handlungsrahmen erweitern. Denn in der bundesdeutschen Linken wächst die Erkenntnis in die Notwendigkeit, sich auf internationaler Ebene, auf europäischer Ebene zu organisieren und über den Erfahrungsaustausch hinaus politisch interventionsfähig zu werden. Was für viele dieser Linken die PDS nicht ist, kann die PEL werden. Weil auch Einzelmitgliedschaften möglich sind, können wir mit der PEL möglicherweise Linke erreichen, die für die PDS derzeit nicht ansprechbar sind, die sich aber beispielsweise an den jüngsten Protestaktionen gegen die rot-grüne Abbruchpolitik beteiligt haben.

Der Protest gegen die Politik des Sozialabbruchs ist kein deutsches Spezifikum. Er zeigt sich auch in anderen europäischen Ländern, in denen die Regierungen ähnliche Strategien verfolgen wie in der BRD.

Auch die Groß-Demonstrationen am 3. April 2004 in Berlin, Köln und Stuttgart standen nicht allein. In den meisten europäischen Ländern fanden ähnliche Manifestationen statt.

Solche Bewegung ist geeignet, die wachsende Resignation, das wachsende Desinteresse an Politik mit ihren ungeheuren Auswirkungen auf das eigene Leben zu brechen.

Elke Breitenbach, Jg. 1961, Politikwissenschaftlerin, seit 2003 Abgeordnete in Berlin. Sie war vorher persönliche Referentin der Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz in Berlin und Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsfraktion. Langjährige Erfahrung in der ehren- und hauptamtlichen Gewerkschaftsarbeit sowie in Frauen- und Antifa-Gruppen. Seit 2003 Mitglied des PDS-Parteivorstands und Mitglied des SprecherInnenrates des Netzwerks Reformlinke.

Aber: Die Protestierenden sind – gesellschaftlich gesehen – eine Minderheit. Die ist wichtig als Bremsklotz gegen den Abbau von sozialen Sicherungssystemen.

In der Bundesrepublik koppelt sich wachsender Protest mit zunehmendem Vertrauensverlust der Bundesbürgerinnen und -bürger in politische Institutionen, insbesondere in Parteien. Und – was offenbar neu ist – mangelndes Vertrauen und Desinteresse sind zunehmend in kalte Verachtung umgeschlagen. Das ist ein Problem, nicht nur für die Bundesregierung und die konservative Opposition, auch für uns als linke Opposition im Bund und als politische Partei.

Die PDS ist in ihrer Selbstwahrnehmung und ihrem Anspruch nach in der Bundesrepublik die einzige Partei, die für einen Politikwechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit, zu selbstbestimmtem Leben steht. Die PDS will als einzige Partei, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Leben selbst in die Hand nehmen können, dass sie viel mehr als jetzt über ihre eigenen Angelegenheiten und die der Gesellschaft entscheiden können.

»Einzige Partei« zu sein, ist kommunikationstechnisch und werberisch betrachtet von Vorteil. Alleinstellungsmerkmale können uns für Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie Wählerinnen und Wähler interessant machen. Zugleich ist die Stellung als einzige Partei für einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit usw. unser Problem.

Denn als einzige Partei, die für den Politikwechsel steht, die dazu noch eindeutig eine gesellschaftliche und politische Minderheit repräsentiert, haben wir mit zwei Bundestagsabgeordneten auf der Bundesebene parlamentarisch kaum – klarer gesagt – so gut wie keine politische Durchsetzungsmacht.

Genau diese ist es aber, die uns für Wählerinnen und Wähler, die etwas anderes wollen als den großkoalitionären Kurs von rot-grün und die Verschärfung des Kurses durch schwarz-gelb, interessant machen würde.

Politische Durchsetzungskraft in unterschiedlichen Formen macht uns auch für soziale Bewegungen interessant – sei es zur Informationsbeschaffung, sei es als Transmissionsriemen ihrer Themen und Positionen auf die parlamentarische Ebene, sei es als tatsächliche Durchsetzung ihrer Forderungen.

Innerhalb der PDS wird immer wieder die Öffnung zu den sozialen Bewegungen postuliert.

Was verstehen wir eigentlich darunter? Bedeutet Öffnung, Positionen von Bewegungen eins zu eins zu übernehmen, fast schon eins mit den Bewegungen zu werden, oder haben wir ein politisches Verständnis vom Zusammenspiel Bewegungen – Partei?

In diesem Zusammenhang stellt sich für uns auch die Frage, wie wir unser Verhältnis zu den anderen Parteien definieren? Sind wir als die »einzige Partei, die für Politikwechsel steht«, bündnisfähig mit der SPD und den Grünen oder schließt sich das generell aus?

Darauf folgt die Frage: Wie gehen wir mit den Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern um? Halten wir sie nur aus oder nutzen wir sie aktiv als ein Mittel, politisch gegen den Abbruchwahn der Großkoalitionäre zu intervenieren? Und wenn ja, wie bekommen wir das strategisch und kommunikativ untersetzt?

Katina Schubert, Jg. 1961, Politikwissenschaftlerin, Bonn/Berlin, arbeitet im wissenschaftlichen Dienst des Bundestages und war von 1996 bis 2002 Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsfraktion. Vor dem Eintritt in die PDS hat sie 20 Jahre in Studierenden- und Antirassismusgruppen mitgearbeitet. Seit 2003 Mitglied des PDS-Parteivorstands und Sprecherin des Netzwerks Reformlinke. Seit Mai dieses Jahres Mitglied im Vorstand der Europäischen Linkspartei.

Wir haben einen breiten Abschnitt im Partei-Programm, der sich mit Reformalternativen befasst, der sich dazu bekennt, auf allen Ebenen des parlamentarischen und außerparlamentarischen Wirkens Politik machen zu wollen, auch auf der Regierungsebene. Die Frage stellt sich, wie? Hier einige Überlegungen zu diesen Komplexen:

Für die PDS kann die Partei der europäischen Linken den politischen Handlungsrahmen erweitern.

PDS und soziale Bewegungen

Die neuen sozialen Bewegungen wie Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung, viele zeitlich begrenzte Bewegungen wie die gegen Volkszählungen, für autonome Kultur- oder Jugendzentren usw. haben immer dann Erfolg gehabt, wenn es ihnen gelungen ist,

a) signifikant viele Menschen für ihre Anliegen zu mobilisieren und dadurch erheblichen Druck in Richtung Medien und politische Entscheidungszentren auszuüben,

b) politische Partner auf parlamentarischer Ebene zu gewinnen, die letztlich für die Durchsetzung ihrer Anliegen gesorgt haben. Das gilt für die kommunale Ebene in der Regel genauso wie für die Bundesebene.

Mit den Gewerkschaften ist das noch anders, da sie viel weitreichendere Instrumente haben, Positionen durchzusetzen.

Zwar sind sie traditionell der SPD als parlamentarischer Kraft verbunden, diese Bindung scheint jedoch zunehmend zu bröckeln. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass auch in gewerkschaftlichen Strukturen diskutiert wird, inwieweit sich politische Forderungen und gesellschaftliche Veränderungen durch außerparlamentarische Kämpfe durchsetzen lassen.

Der Mitte Mai in Berlin stattgefundenen Perspektivenkongress hat gezeigt, dass erstmals Gewerkschaften, attac und andere außerparlamentarische Initiativen und Verbände eine über die Demonstrationen vom 3. 4. 2004 hinaus weisende Debatte und Zusammenarbeit planen.¹ Die Breite des Bündnisses und die Vielfalt der Problemanalysen und Ziele unterscheidet die heutige Bewegung von den Ein-Punkt-Bewegungen der Vergangenheit.

Teile dieses Bündnisses wollen sich nicht auf den außerparlamentarischen Bereich beschränken, sondern überlegen, für die Bundestagswahl 2006 eine eigene Partei oder Wahlbündnis zu gründen.

Wir haben uns bei Gesprächen und Veranstaltungen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Wahlalternative und der Initiative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit auseinander gesetzt. Die von ihnen formulierten programmatischen Positionen finden sich schon seit langem im PDS-Programm und Konzepten der PDS wie zum Beispiel der agenda sozial. Differenzen ergeben sich auf der strategischen Ebene. Ob es Dissense auf inhaltlicher Ebene gibt, wird sich erst zeigen, wenn diese Initiativen über die bloße Forderungsebene hinausgehen und sich inhaltlichen Debatten zu einzelnen Fragen stellen sollten. Das muss unserer Ansicht nach die Messlatte für jedwede Kooperation sein.

Ähnlich muss sich für die PDS ihr Verhältnis zu den Bewegungen darstellen: Wir kooperieren inhaltlich und organisatorisch mit den Bewegungen, wenn es inhaltliche Übereinstimmung gibt. Nicht jeder Protest, so legitim er sein mag, deckt sich in seiner Stoßrichtung mit unseren inhaltlichen Positionen.

Der Protest gegen die Politik des Sozialabbruchs ist kein deutsches Spezifikum.

Als im November letzten Jahres Studierende das Karl-Liebknecht-Haus besetzten, erklärte ein Teil von ihnen während der Debatten, dass es ihnen egal sei, was der rot-rote Senat in Berlin z. B. für Alleinerziehende oder Asylbewerberinnen und Asylbewerber verbessert habe. Betrachten wir diese Studierenden uneingeschränkt als Bündnispartner?

Wir haben nicht den Anspruch, in den Bewegungen aufzugehen. Wir brauchen die Bewegungen als Druck von außen. Das verschafft uns die Spielräume, parlamentarisch und außerparlamentarisch unsererseits Druck zu machen – in der Opposition, und auf der Ebene der Länder und Kommunen auch in der Regierung.

Und sie brauchen uns oder sollen uns wieder brauchen als Transmissionsriemen und Durchsetzungsmacht auf parlamentarischer Ebene bis in die Regierungen auf Länderebene.

PDS und Bündnispartner auf der Parteebene

Wenn wir auf der Bundesebene die »einzige Partei« sind, die für einen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit steht, haben wir auf parlamentarischer Ebene ein Bündnisproblem. Denn für einen Politikwechsel braucht man Mehrheiten – auf gesellschaftlicher Ebene und auf der Ebene politischer Entscheidungsfindung. Das heißt auch: die emanzipatorischen Potenziale, die sich bei der SPD und den Grünen trotz des Abbruchkurses ihrer Führungen noch finden, dürfen wir nicht ignorieren. Nur wenn die PDS ausreichend Druck von links aufbauen kann – mit Hilfe von Protest und sozialen Bewegungen, mit Hilfe von konkreten und umsetzbaren Alternativen wie der agenda sozial –, werden sich Andockstellen bei SPD und Grünen ergeben.

Die PDS ist nicht Mehrheitsbeschafferin für andere Parteien und sie ist nicht Verhinderer anderer, aber sie ist diejenige, die über Druck von links zumindest SPD und Grüne zu einem wirklichen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit bewegen muss.

PDS und Regieren

Regieren ist eine Form politischen Handelns, die sich relativ folgerichtig aus der Logik parlamentarischer Beteiligung ergibt, für die PDS allemal. Denn im Osten – und das unterscheidet sie fundamental von den Grünen gesamtdeutsch – ist sie Volkspartei. Und wer dieses Jahr in Thüringen, Brandenburg oder Sachsen PDS wählt, tut dies nicht oder nicht nur, damit es eine ordentliche Opposition gibt – die Oppositionsführung hat die PDS bereits in allen drei Ländern. Er oder sie tut es im Zweifelsfall auch, um in Thüringen und Sachsen die Alleinherrschaft der CDU zu brechen und in Brandenburg die große Koalition zu beenden. Das heißt aber in der Konsequenz, dass weitere PDS-Regierungsbeteiligungen zustande kommen könnten. Und das heißt, wir müssen als Gesamtpartei eine andere Haltung zu dieser Frage entwickeln. Regieren kommt nicht über uns, was wir irgendwie ertragen müssen. Wir haben es gewollt und herbeigeführt, weil wir um Mehrheiten gekämpft haben.

Nach knapp sechs Jahren Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und zwei Jahren in Berlin wird insbesondere »Berlin« als »Problem« der PDS gesehen, als Glaubwürdigkeitsproblem, vor

allem, weil die PDS trotz ihres Images als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht alle sozialen Kürzungen verhindern konnte.

Dabei ist die Wahrnehmung der PDS-Politik durchaus unterschiedlich in den verschiedenen Gruppen in der Parteimitgliedschaft, in linken Szenen, in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Über die Politik der PDS in Berlin wird kontrovers diskutiert.

Die Politik in Berlin steht unter dem Zeichen der Haushaltskonsolidierung. Dass den jährlichen Steuereinnahmen von Berlin in Höhe von 8 Mrd. €, ein Schuldenberg von etwa 53 Mrd. gegenübersteht, lässt sich nicht ignorieren. Bekannt ist auch, dass sich im früheren West-Berlin ein Netz aus Filz und Korruption herausgebildet hat – das Beispiel Bankgesellschaft ist hier die Spitze des Eisberges.

Deshalb zielt die Politik der PDS – unabhängig von der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung – darauf, den Filz aufzureißen und mehr Transparenz zu schaffen. Es geht um eine Politik, die trotz Haushaltskonsolidierung zu mehr sozialer Gerechtigkeit sowie Beteiligung führt und Berlin zukunftsfähig macht. Dazu sind Strukturveränderungen nötig.

Ein Beispiel hierfür ist die Wohnungsbauanschlussförderung. »Die öffentliche Förderung im sozialen Wohnungsbau muss sozial schwachen Mieterinnen und Mietern die Möglichkeit eröffnen, zu sozial verträglichen Preisen Wohnungen anzumieten, nicht Investoren und Anleger reich machen. Berlin schießt derzeit auf die Mietzahlungen der Mieter von durchschnittlich 50 € noch einmal monatlich acht bis 15 € pro Quadratmeter zu. Die Nutznießer dieses Systems sind also nicht etwa die MieterInnen, sondern diverse Akteure des Berliner Baufilzes und FondszeichnerInnen, die in den vergangenen Jahren damit Spitzenrenditen und Steuerabschreibungen realisieren konnten.«² Deshalb entschied die rot-rote Koalition Anfang 2003 den Ausstieg aus der Anschlussförderung. Die Immobilienwirtschaft klagt nun gegen das Land Berlin.³

Was muss eine Kommunikationsstrategie bei Regierungsbeteiligung leisten?

Immer wieder wird beim Thema Regierungsbeteiligung als Problem die schlechte Kommunikation genannt. Dieses Problem existiert und wir möchten dies nicht in Frage stellen.

Kommunikation muss in erster Linie die Politik nachvollziehbar erläutern und erklären. Darauf haben sowohl die Partei als auch die Öffentlichkeit einen Anspruch. Erst wenn dies geschehen ist, gibt es real eine Grundlage, Politik zu bewerten. Eine solche Kommunikation an sich gestaltet sich schon schwierig. In der Regel handelt es sich dabei um komplizierte und vielschichtige Materien.⁴ Haben die eigenen Mitglieder oder gar die Öffentlichkeit ein Interesse an einer solch komplizierten Auseinandersetzung? Dürfen wir dies eigentlich erwarten?

Die direkt handelnden Akteurinnen und Akteure (Senatorinnen und Senatoren, Abgeordnete) werden in der Regel ihre Politik verteidigen, es lässt sich davon ausgehen, dass sie – nach Abwägung unterschiedlicher Faktoren und möglicher Alternativen – eine Entscheidung treffen und sie entsprechend bewerten. Wer jedoch die Aussage trifft, dass die jeweilige Politik alternativlos ist, liegt falsch

Wir kooperieren inhaltlich und organisatorisch mit den Bewegungen, mit denen es inhaltliche Übereinstimmung gibt. Nicht jeder Protest, so legitim er sein mag, deckt sich in seiner Stoßrichtung mit unseren inhaltlichen Positionen.

Wenn wir auf der Bundesebene die »einzige Partei« sind, die für einen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit steht, haben wir auf parlamentarischer Ebene ein Bündnisproblem.

Regieren kommt nicht über uns, was wir irgendwie ertragen müssen. Wir haben es gewollt und herbeigeführt, weil wir um Mehrheiten gekämpft haben.

– Politik ist niemals alternativlos! Ob die jeweiligen Alternativen zum eigenen Handeln besser sind, obliegt politischer Bewertung, Prioritätensetzung und letztlich politischer Entscheidung.

Durch die Regierungsbeteiligung haben wir unsere Unschuld verloren. Dies ist der Preis für Regierungsbeteiligung, den alle zahlen müssen, die reale Politik unter konkreten Verhältnissen gestalten wollen und müssen – in Zeiten schlechter Kassen allemal.

Der Gestaltungsrahmen auf Landes- oder Kommunalebene ist marginal.⁵ Um eine soziale Balance zu erhalten, ist auch hier eine Umverteilung von oben nach unten nötig. Diese findet nicht im luftleeren Raum statt. Diese wird nicht nur die Millionäre treffen, sondern sie trifft vor allem die Normalverdiener.

Das heißt: gutes Regieren ist nicht nur eine Frage der Kommunikationsstrategie. Es ist auch eine *Frage der politischen Vermittlung und Prioritätensetzung*. Sie bewegt sich im Spannungsfeld von PDS-Programmatik, Erwartungshaltungen der Mitglieder und möglicherweise auch anders gelagerter Erwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger sowie des politisch Durchsetzbaren.

Die Strategiedebatte der PDS muss diesen Spannungsbogen in der PDS bewusst machen und sich damit auseinandersetzen.

Ein Ziel muss sein, konsistente PDS-Politik in Bund und Ländern, in Regierung und Opposition zu entwickeln und dabei zu einer durchaus konfliktorischen, aber solidarischen Arbeitsteilung zu kommen.

Soziale Gerechtigkeit als strategisches Auseinandersetzungsfeld

Je mehr SPD und Grüne sich mit ihrer Politik der Agenda 2010 von der Idee sozialer Gerechtigkeit im Sinne von

- materieller Umverteilung,
- gleichen Bedingungen für Bildung,
- politischer und kultureller Teilhabe,
- individueller Emanzipation

verabschieden, desto mehr versuchen sie, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit in eine bloße Leerformel umzudeuten. Soziale Gerechtigkeit wird demnach verkürzt auf gerechte Teilhabe (Olaf Scholz), auf »Leistungsgerechtigkeit« (Sigmar Gabriel) und auf die Lebenschancen künftiger Generationen (Kathrin Göring-Eckard).

Damit kommt der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung um den Begriff und die Politik sozialer Gerechtigkeit für die PDS strategische Bedeutung zu.

Ein zentraler Grundsatz unserer Politik ist die Idee sozialer Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit – im Sinne auch eines neuen Verteilungskompromisses – setzt voraus, dass diejenigen, die mehr Einkommen haben, sich stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen müssen. Das sehen aber viele derjenigen, die gefordert sind, ganz anders. Das liegt zum einen daran, dass es vorwiegend die Normal- bis wenig-über-dem-Durchschnittsverdiener, die abhängig Beschäftigten sind, die belastet werden, sei es durch steigende Sozialabgaben, Gesundheitsreform, indirekte Steuern, steigende Kosten für Kinderbetreuung, steigende Gebühren auf öffentliche Leistungen.

Das liegt zum anderen daran, dass es in dieser Gesellschaft zunehmend weniger Verantwortungsbewusstsein dafür gibt, dass Ge-

meinwohl und öffentliche Infrastruktur finanziert werden müssen. Denn Straßen, der öffentliche Personennahverkehr, Bildung, Kultur und auch ein großer Teil der sozialen Leistungen werden überwiegend aus Steuermitteln bezahlt (die wenigsten Nahverkehrs- und Kulturbetriebe arbeiten ohne öffentliche Zuschüsse).

Beispiel: die Auseinandersetzung um die Kita-Gebühren-Erhöhung in Berlin

Berlin verfügt bundesweit über eines der besten Angebote zur Kinderbetreuung. Daran hat sich, trotz Haushaltsnotlage, nichts geändert. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat Berlin das Betreuungsangebot nicht abgebaut. Bundesweit werden Eltern zur Finanzierung der Kinderbetreuung herangezogen, auch in Berlin. Allerdings war und ist das Niveau geringer als an anderen Orten. Auch die PDS in Berlin möchte ein kostenfreies Kinderbetreuungsangebot, kann dies aber, aufgrund der finanziellen Situation, gegenwärtig nicht umsetzen.

Sie will aber diejenigen mit geringem Einkommen nicht weiter belasten. Vielmehr soll sich die finanzielle Beteiligung der Eltern am Einkommen orientieren und deshalb haben wir die Beiträge stärker gestaffelt als bisher. Statt der bisher neun Einstufungen wurden 41 eingeführt. Über diesen Weg erhöhen sich die Kosten für einen großen Teil der Eltern nicht. Diejenigen, die mehr verdienen und nun stärker belastet werden, haben sich darüber natürlich nicht gefreut. Dies ist aus ihrer Sicht verständlich, aber wir müssen diese Auseinandersetzung führen: Sozialstaat gibt es nicht zum Nulltarif.

Wir müssen weg von einer Kultur, in der Steuern zahlen als persönliche Dummheit gilt, hin zu einer Kultur, in der Steuern zahlen Zeichen gesellschaftlicher Verantwortung ist. Wir wollen nicht so viel Steuern wie möglich, aber soviel wie gesellschaftlich nötig.

Die PDS ist die Partei der Verteilungsgerechtigkeit

Wir brauchen einen *erneuerten Gesellschaftsvertrag*. In diesem sollten wir uns gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Gewerkschaften, Verbänden und Bewegungen darüber verständigen, was gesellschaftliche Aufgaben sind, wie sie finanziert werden und wer sich daran wie beteiligen muss – jede und jeder nach seiner und ihrer Leistungsfähigkeit. Zu diesen gesellschaftlichen Aufgaben zählen:

- Bildung für alle vom Kindergarten bis zur Hochschule und Berufsausbildung
- kulturelle Teilhabe für alle
- Schutz vor Armut und ausreichend Einkommen für ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben
- existenzsichernde Erwerbsarbeit für alle, die arbeiten können und wollen
- Absicherung vor Lebensrisiken, wie z. B. Krankheit, Arbeitslosigkeit, etc
- Sicherung der Mobilität aller durch einen leistungsfähigen öffentlichen Personenverkehr
- Sicherheit vor Diskriminierung, Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus.

Die von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen propagierte und umgesetzte Politik der Steuersenkung – die durch den internationalen

Wer jedoch die Aussage trifft, dass die jeweilige Politik alternativlos ist, liegt falsch – Politik ist niemals alternativlos! Ob die jeweiligen Alternativen zum eigenen Handeln besser sind, obliegt politischer Bewertung, Prioritätensetzung und letztlich politischer Entscheidung.

Damit kommt der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung um den Begriff und die Politik sozialer Gerechtigkeit für die PDS strategische Bedeutung zu.

Steuer-runter-Wettbewerb noch angeheizt wird – treibt die soziale Spaltung der Gesellschaft voran.

Es gilt das Recht der Stärkeren. Dieses Bild knüpft an frühkapitalistische Verhältnisse an, die wir längst überwunden glaubten.

Leitbild des von uns vorgeschlagenen erneuerten Gesellschaftsvertrages ist hingegen die Solidarität in der Gesellschaft. Das gilt für die soziale Sicherung genauso wie für die Finanzierung der anderen gesellschaftlichen Aufgaben. Und es gibt durchaus Bereitschaft in der Bevölkerung zur Solidarität, auch wenn sie kostet. Die PDS ist die Partei, die *umsteuert zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger*.

Weiter stellt sich die Frage, wie gesellschaftliche Mehrheiten für den Umsteuerungsprozess zu mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr BürgerInnenbeteiligung zu organisieren sind, die unserem Regierhandel die notwendige Rückendeckung bieten.

Wie gesagt, die politischen Handlungsspielräume auf kommunaler und Länderebene sind gering, aber es gibt welche.

Beispiel: Beteiligungshaushalt

Auch wenn der Anteil der frei verfügbaren Mittel in den kommunalen und Länderhaushalten nur noch sehr klein ist, lassen sich mit Beteiligungshaushalten möglicherweise *politische Prozesse* mit Bürgerinnen und Bürgern initiieren, die irgendwann in eine gemeinsame Entscheidungsfindung münden – eine neue Form demokratischer Beteiligung.⁶

Beispiel: Kopftuchdebatte und Abschaffung der Schleierfahndung

Zunmittelbar nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchverbot für Lehrerinnen im Herbst letzten Jahres forderte die Berliner SPD ein Verbot des Kopftuchs im öffentlichen Dienst Berlins. Die PDS hielt aus bürgerrechtlichen und antidiskriminierungspolitischen Erwägungen dagegen. Es gelang ihr, über ein halbes Jahr eine öffentliche Debatte in der Stadt mit zu bestimmen. Am Ende des öffentlichen Diskurses und des koalitionsinternen Aushandlungsprozesses steht, dass an Schulen und im Justiz- und Polizeibereich generell keine religiösen Symbole gezeigt werden dürfen. Gleichzeitig haben sich PDS und SPD auf ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Integrationspolitik geeinigt.

Gegenläufig zum herrschenden Diskurs, dass Polizei und Geheimdienste im Kampf gegen Terrorismus ständig wachsende Befugnisse auf Kosten von Bürgerrechten bekommen sollen, hat rot-rot in Berlin die Schleierfahndung abgeschafft.

Zusammenfassend: Was können Ziele der PDS-Regierungspolitik sein?

- Kommunikation, dass Politik und politische Entscheidungen nie alternativlos sind, verbunden mit einer möglichst breiten öffentlichen Debatte, welche der Alternativen für die Bevölkerungen der Stadt/des Landes und auch für die PDS die beste bzw. am ehesten akzeptable ist

- Einbindung möglichst großer Teile der Bevölkerung durch Beteiligungshaushalte, Volksgesetzgebung, Anhörungen, Stadtteil- bzw. regionale Foren etc. in die Entscheidungsfindung und -begründung

- als Partei der sozialen Gerechtigkeit im Zusammenspiel mit der Partei auf Bundesebene (unter den bekannten sehr eingeschränkten Bedingungen) und den anderen Ländern und dem außerparlamentarischen Druck der sozialen Bewegungen schlimmere Eingriffe zu Lasten der Armen und Ärmsten verhindern

- entfachen einer öffentlichen Debatte über den Sozialstaat, den es nicht zum Nulltarif gibt, den wir aber im Gegensatz zu den anderen Parteien nicht dem privaten Risiko der Einzelnen überlassen wollen

- Konstituierung von »Leuchttürmen« alternativer Politik, die den mainstream brechen und zeigen, dass auch unter den Bedingungen leerer Kassen und eines sozialdemokratischen Koalitionspartners Alternativen möglich sind.

Den naserümpfenden Hinweis »Ostpartei« vor diesem Hintergrund halten wir für ignorant und zutiefst chauvinistisch.

Agenda sozial – strategischer Ansatz der PDS, Kritik und Alternativen zu bündeln

Die Agenda sozial ist unsere Alternative zur rot-grünen Agenda 2010. Sie folgt völlig anderen Leitbildern und Ideen, auf deren Grundlage politische Konzepte entwickelt werden. Sie geht davon aus, dass die Politik verantwortlich ist für die wirtschaftliche Krise, die viele Menschen hier und in vielen Teilen dieser Welt Lebenschancen kostet und sie in Arbeitslosigkeit und Armut stürzt. Deshalb ist es Aufgabe von Politik, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse so zu ändern, dass soziale Gerechtigkeit keine sozialdemokratische und grüne Leerformel bleibt, sondern gelebte Wirklichkeit wird.

Die Agenda sozial folgt diesen Leitbildern:

- Wir wollen einen neuen Verteilungskompromiss durchsetzen.
- Die Arbeit muss vor der Willkür des Marktes geschützt werden.
- Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben für alle ermöglichen.

Diese sollten wir – bei allen noch vorhandenen Defiziten der agenda sozial, vor allem, was die Umsetzung anbetrifft – in der Öffentlichkeit verankern. Auf dieser Grundlage sollten wir auch unsere politischen Konzepte (weiter-)entwickeln und daran müssen sie sich auch messen lassen.

Dabei ist es Aufgabe von PDS-Politik, die Verbindung von sozialistischer Vision einer gerechten, demokratischen und friedlichen Gesellschaft mit konkreter, im Hier und Jetzt auf Veränderung zielender Tagespolitik immer wieder neu herzustellen. Wir müssen klarstellen, was wir langfristig wollen, was wir kurz- und mittelfristig an politischer Veränderung durchsetzen können und wie wir das bewerkstelligen.

PDS und Westen – PDS und Osten

Die PDS hat mit dem Parteaufbau und der -verankerung im Westen zu wenig Fortschritte gemacht. Es gibt kein Patentrezept für den West-Aufbau. Weder Geld mit der Gießkanne ausgeschüttet noch die Aufnahme von Mitgliedern anderer Parteien haben der PDS im Westen einen wirklichen Schub verschafft. Der Charakter der West-PDS wird sich erst zu einer offenen und einladenden Partei ändern, wenn es gelingt, mehr Leute zu gewinnen, die politisch diskutieren, intervenieren wollen, die für die eigene Position streiten und Mehrheiten gewinnen und sich vor Ort aktiv politisch einmischen.

Viel notwendiger ist es jetzt, dass sich gerade die Wessis mit den Erfahrungen des Aufbaus bzw. Abbruchs Ost befassen. Vielerorts im Westen ist der Osten angekommen.

Beim West-Aufbau müssen wir vermutlich mehrgleisig fahren:

- Es muss eine Infrastruktur in allen West-Landesverbänden gewährleistet sein.

- Wir brauchen die kommunale Vertretung über Parlamentsmandate, wo das wegen fehlender Fünf-Prozent-Hürde möglich ist, um die PDS über die Medien und eigene öffentliche Aktivitäten im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

- Wichtig ist die Mitarbeit bzw. Kooperation mit Bürgerinitiativen auf kommunaler und/oder Stadtteil-Ebene und wo möglich die Initiierung gemeinsamer Projekte, die eine Chance haben, auch umgesetzt zu werden (Beispiel: Volksbegehren gegen cross-border-leasing-Projekte u. a.).

- Die Mitarbeit bzw. Kooperation in Gewerkschaften und Bewegungen.

- Der Aufbau und die Konsolidierung von PDS-Hochschulgruppen, die in der Lage sind, nicht nur Studierende anzusprechen, sondern über ihre Aktivitäten auch Andockstationen für linke Intellektuelle und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu sein.

- Und: wir müssen die Idee der europäischen Linkspartei weiter kommunizieren.⁷

Alleine die Altersstruktur der Mitgliedschaft weist deutlich darauf hin, dass die PDS nur dann eine langfristige Perspektive gewinnt, wenn es ihr gelingt, nennenswert viele neue Mitglieder zu gewinnen, die bereit sind, Zeit und Arbeit in die PDS, ihre Weiterentwicklung und die Verbreitung ihrer Ideen und Vorstellungen zu stecken.

Die PDS muss auch in Ostdeutschland neue Leute anzusprechen vermögen: Vereinigungs- und/oder Globalisierungsverlierer genauso wie Leute, die voll ins Erwerbsleben integriert sind, aber mit den herrschenden Verhältnissen unzufrieden sind.

Ostpartei – unsere Chance

Immer wieder werfen westdeutsche Linke der PDS vor, sie sei eine Ostpartei.

Diesen Vorwurf müssen wir näher betrachten: Im »Westen« gibt es (Vor)Urteile über die SED-Nachfolgepartei PDS, die aus der Geschichte resultieren. Das ist nachvollziehbar und wir müssen uns dieser Debatte immer wieder stellen.

Allerdings bezieht sich der Vorwurf »Ostpartei«, wie er beispielsweise von Vertreterinnen und Vertretern der Wahlalternative und der Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit vorgebracht wird, nicht auf die Vergangenheit. Der Vorwurf deutet auch nicht auf politische Dissenspunkte hin.

Ostpartei besagt lediglich, dass wir im »Osten« gesellschaftlich verankert sind. Das ist eine Tatsache, die wir positiv bewerten. Den naserümpfenden Hinweis »Ostpartei« vor diesem Hintergrund halten wir für ignorant und zutiefst chauvinistisch.

Eine solche Haltung zeugt von Geringschätzung und oft schlichter Ignoranz gegenüber »dem Osten« und leugnet zudem, dass wir auch im »Westen« Mitglieder und Parteistrukturen haben, in Kommunalparlamenten vertreten sind. Tatsache ist allerdings auch, dass wir dort nach wie vor eine verschwindend geringe Minderheit darstellen.

Trotzdem sind wir eine gesamtdeutsche sozialistische Partei mit einer heterogenen Mitgliedschaft, mit Menschen aus unterschiedli-

chen Herkunftsländern, mit unterschiedlichen politischen Sozialisierungen und kulturellen Unterschieden. Dies gestaltet sich oft konfliktreich, wie immer, wenn Menschen mit solchen Unterschiedlichkeiten aufeinandertreffen. Wir müssen immer wieder um Kompromisse ringen und oft stehen sich Positionen noch immer unversöhnlich gegenüber. Gleichzeitig haben wir aber eine Menge Gemeinsamkeiten auch deshalb, weil wir voneinander gelernt haben.

Als Westdeutsche in der PDS müssen wir deshalb auch von der weit verbreiteten Haltung weg kommen, dass jedes Programm oder Papier zum Aufbau Ost aus PDS-Feder Ausdruck rein ostdeutscher Orientierung der PDS-Führung ist, die den Westen ignoriert.

Viel notwendiger ist es jetzt, dass sich gerade die Wessis mit den Erfahrungen des Aufbaus bzw. Abbruchs Ost befassen. Vielerorts im Westen ist der Osten angekommen. Etliche Städte zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen werden in den nächsten Jahren bis zu einem Fünftel an Bevölkerung verlieren. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur oder auf die öffentliche Infrastruktur. In strukturschwachen Gebieten des Westens ist zu sehen, was im Osten längst Alltag ist: verlassene Häuser, verfallene Gewerbebetriebe und Gaststätten, hohe Arbeitslosenquoten und kaum Hoffnung, wieder zu befriedigenden Jobs zu kommen. Die rot-grüne Bundesregierung hat in ihren jüngsten Äußerungen den Osten als Aufbauprojekt faktisch abgeschrieben. Im Westen wird die Förderung des Ostens angesichts des Strukturverfalls mit zunehmendem Neid diskutiert, der in Forderungen wie des Bundeswirtschaftsministers gipfelt, die Förderung des Ostens massiv zu kürzen.

Die PDS ist die einzige Partei, die immer wieder gezielte Programme und Vorschläge zu Strukturveränderungen vorgelegt hat, die nicht auf Niedriglohnssektoren und Deregulierung lang erkämpfter arbeitsrechtlicher Fortschritte setzen. Es ist an der Zeit, dass die Westdeutschen in der PDS sich mit diesen Konzepten befassen und für die eigene Politik im Westen nutzbar machen.

Es ist an der Zeit, dass die Westdeutschen in der PDS sich mit diesen Konzepten befassen und für die eigene Politik im Westen nutzbar machen.

- 1 Die auf dem Perspektivenkongress stattgefundene Abgrenzung auf unterschiedlichen Ebenen gegenüber der PDS und die Westlastigkeit der Veranstaltung bedarf einer besonderen Betrachtung, die hier nicht geleistet werden kann.
- 2 Gernot Klemm: Aus für die Wohnungsbauförderung – Was tun?, <http://www.pds-berlin-drei.de/kandidat/klemm/index.html>.
- 3 Weitere Beispiele für Strukturveränderungen finden sich unter <http://www.pds-berlin.de/partei/lpt/09/03/a01synop.html>: In der Mitte, nicht über den Berg. Anlage zur Halbjahresbilanz der Berliner PDS. Informationen zum Stand der Umsetzung von Wahlprogramm und Koalitionsvereinbarung (Synopsis).
- 4 Ein weiteres Beispiel: Bei dem Konflikt um die Kürzungen des Blindengelds in Berlin handelte es sich um die Änderungen des Landespflegegeldgesetzes, worin die Leistungen für viele Behinderte geregelt sind. Für die Blinden ist es verständlicherweise kein Trost, wenn Berlin, als eines der wenigen Bundesländer, z. B. die Leistungen für Gehörlose u. a. enthält. Weitere Infos dazu unter: http://www.elke-breitenbach.de/cms/front_content.php?idcat=4.
- 5 Um dies zu verdeutlichen: Im Haushalt der Berliner Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz sind etwa 95 Prozent der Mittel durch Gesetze (60 Prozent) oder Verträge (etwa 35 Prozent, in erster Linie für Betreuung und Beratung von Personen, die auf öffentliche Hilfe angewiesen sind) gebunden. Lediglich fünf Prozent der Gelder stehen theoretisch für unsere politische Schwerpunktsetzung zur Verfügung.
- 6 Vgl. z. B. Francisco de Oliveira: São Paulo als »Lackmustest« der Partizipativen Haushaltsführung, in: UTOPIE kreativ, H. 158 (Dezember 2003), S. 1117-1125, Klaus-Rainer Rupp: Beteiligungshaushalt als linke Alternative zur »Bürgerkommune«, in: UTOPIE kreativ, H. 158 (Dezember 2003), S. 1126-1131.
- 7 »Für uns bestehen Rolle und Aufgabe der politischen Linken in Europa darin, einen Beitrag zur Herstellung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für eine radikale Veränderung der Politik zu leisten, indem wir konkrete Alternativen und Vorschläge für diese notwendige Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften entwickeln. Darin sehen wir unsere Verantwortung und die Möglichkeit, all jene anzusprechen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben des Individuums einsetzen.« Programm der PEL, Präambel. <http://sozialisten.de/sozialisten/el/programm.htm>.